

Petitionsausschuss des Landtags

Beate Böhlen zum Neuen Schloss - "Es ist noch Musik drin" - Die Luft "ist natürlich noch nicht draußen und schon gar nicht wegen des öffentlich-rechtlichen Vertrages"



Bericht: Christian Frietsch

Baden-Baden, 17.05.14, 00:00 Uhr Beim goodnews4-Forum am Dienstag gab es einigen Unmut, dass die Dauerthemen Neues Schloss und Vincentius andere wichtige Anliegen der Bürger blockieren könnten. Im goodnews4-VIDEO-Interview glaubt Beate Böhlen, Fraktionschefin der Grünen, dennoch nicht, dass deshalb in der Stadtverwaltung andere Aufgaben liegen bleiben. Auch wenn das Neue Schloss die Baden-Badener ermüdet, für Beate Böhlen «ist noch Musik drin» und die Luft sei «natürlich noch nicht draußen und schon gar nicht wegen des öffentlich-rechtlichen Vertrages».

Zu den möglichen Varianten zum Gang des Neuen Schlosses sagte die Landtagsabgeordnete: «Es ist denkbar, dass der Petition nicht abgeholfen wird, aber eventuell als Material überwiesen wird an die Ministerien, um mal drüber zu gehen und zu sehen, ob es sinnvoll ist, so zu agieren zum Vorteil einer einzelnen Person und dies zu einem öffentlichen Belang zu machen.» Das grüne Licht durch den Petitionsausschuss für die Stadt den öffentlich-rechtlichen Vertrag zu unterschreiben, war aus ihrer Sicht gewissermaßen dem «kommunale Selbstverwaltungsrecht» geschuldet. «Das ist aber nichts, was die Petition beeinflusst», mäßigt sie die etwaigen Hoffnungen des Rathauses, dass damit die Petition vom Tisch sein könnte.

Die Sitzung im Rathaus mit Vertretern des Petitionsausschusses sei jedenfalls ein «richtiges Zeichen für Bürgerbeteiligung» gewesen. Vielleicht auch eine Initialzündung, die «Intransparenz und Anonymität mit der Entscheidungen herbeigeführt werden» aufs Korn zu nehmen und dies solle die «Aufgabe des neuen Gemeinderats und der neuen Oberbürgermeisterin Margret Mergen sein», spielt Beate Böhlen schon mal den Ball in die neue Ära des Baden-Badener Rathauses. Die Erbschaften Neues Schloss und das Millionen-Monopoly Vincentius wird den Bürgern, ihren neuen Stadträten und der neuen Oberbürgermeisterin erhalten bleiben.